

18.10.2005

377/2005

Preiserhöhung/Taxi

- CS -

Claudia Hämmerling, verkehrspolitische Sprecherin, erklärt:

Preiserhöhung löst nicht das Problem des Taxigewerbes

Bei der Senatsverwaltung liegen zwei Anträge zur Preiserhöhung für Taxifahrten vor – einmal die Erhöhung des Kilometerpreises um bis zu 18 Cent, zum anderen die pauschale Erhöhung um ein Euro pro Fahrt. Beide Anträge sehen den Wegfall der Kurzstrecken vor.

Bei allem Verständnis für die schwierige Situation des Taxigewerbes würde eine Preiserhöhung sicher nicht den gewünschten Effekt erzielen. Angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Situation, in der sich viele Fahrgäste befinden, ist bei einer Preiserhöhung, insbesondere beim Wegfall der Kurzstrecke, damit zu rechnen, dass die Fahrgäste wegbleiben und mit dem privaten Pkw fahren.

Wirtschafts- und verkehrspolitisch klüger als das Drehen an der Preisschraube ist es, Maßnahmen zu ergreifen, die zu mehr Einnahmen führen und vom steigenden Ölpreis unabhängig machen. Die Taxiunternehmen, die über das Förderprogramm „Tausend Umwelttaxis“ auf Erdgasantrieb umgestellt haben, genießen den Vorteil, dass sie den Anteil der Kraftstoffpreise an den Betriebskosten halbieren konnten.

Völlig unverständlich ist es, dass es nach wie vor die Marktlücke „Sammeltaxi“ gibt. In anderen Ländern ist die Sammelbeförderung von Personen gang und gäbe. Bei uns gibt es den Bedarf, aber Sammeltaxen fehlen. Wenn diese Marktlücke geschlossen wird, können sich viele Fahrgäste Taxifahren wieder leisten und die Taxiunternehmen haben zusätzliche Einnahmen.

Wir fordern die Verkehrssenatorin auf, Maßnahmen zu ergreifen, die Sammeltaxen möglich machen, statt einer Preiserhöhung zuzustimmen.